

Sitzung vom 30. Januar 2019 / Geschäft Nr. ■

Bericht und Antrag

Dringliche Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Die Gemeinde Zollikofen soll sich an der Machbarkeitsstudie zur Zukunft der Kernregion Bern beteiligen"; Erheblicherklärung

1. Ausgangslage

Am 28. Januar 2019 wurde folgende dringliche Motion eingereicht:

Erstunterzeichner: Bruno Vanoni (GFL)

Mitunterzeichnende: Markus Bacher (FDP), Petra Spichiger (SP), Marceline Stettler (partei-

los/GFL), Hans-Jörg Rothenbühler (BDP), Jürg Jenni (parteilos/GFL), Kornelia Hässig Vinzens (SP), Peter Kofel (GFL), Annette Tichy-Gräni-

cher (parteilos/GFL), Beat Koch (GFL)

"Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Einladung der Gemeinden Bern und Ostermundigen zur Beteiligung an einer Machbarkeitsstudie zur Zukunft der Kernregion Bern anzunehmen: Zollikofen soll sich aktiv an der ergebnisoffenen Erarbeitung von Diskussions- und Entscheidgrundlagen über Vor- und Nachteile, Chancen und Risiken von Gemeindefusionen und anderen Formen verstärkter Zusammenarbeit beteiligen.

Begründung

Gestützt auf Abklärungsaufträge ihrer Parlamente haben die Exekutiven von Bern und Ostermundigen am 13. Dezember 2018 bekanntgegeben, dass sie in einer Machbarkeitsstudie die Vor- und Nachteile einer Fusion der beiden Gemeinden erarbeiten wollen. Beide Seiten haben dabei betont, dass diese Abklärungen «kein Präjudiz für einen späteren Fusionsentscheid» sein sollen: «Vielmehr soll mit der Machbarkeitsstudie eine solide Grundlage für einen Grundsatzentscheid in die eine oder andere Richtung geschaffen werden.» Gründlich untersucht werden sollen namentlich «die Vor- und Nachteile sowie die Auswirkungen einer allfälligen Fusion auf relevante Fragen wie das Angebot an öffentlichen Dienstleistungen, die politische Struktur oder den Steuersatz».

Gleichzeitig haben die Exekutiven von Bern und Ostermundigen auch die anderen Gemeinden der Kernregion Bern eingeladen, sich an der Machbarkeitsstudie zu beteiligen und so ihre Anliegen aktiv in den Prozess einzubringen, der «Chancen und Risiken» einer allfälligen Fusion ausloten soll. Diese Einladung beruht auch auf einem einstimmigen Auftrag aus dem Ostermundiger Parlament, nebst einer Fusion mit der Stadt Bern auch andere Möglichkeiten zur engeren Zusammenarbeit mit umliegenden Gemeinden abzuklären. Verschiedene angefragte Gemeinden haben laut Medienberichten mittlerweile abschlägig geantwortet.

Eher überraschend und mit interessanten Begründungen haben hingegen Bremgarten und Bolligen positiv auf die Einladung reagiert. Die mehrheitlich bürgerlichen Gemeinderäte der beiden Agglomerationsgemeinden haben in ihren Mitteilungen betont, dass die Machbarkeitsstudie nicht allein der Frage von Gemeindefusionen gewidmet werden soll, sondern auch der «grundsätzlichen Verbesserung der Zusammenarbeit der Gemeinden untereinander» (Zitat

| Autor: | Speicherdatum | Pfad, Datei: | Datum, Zeit / User | Version | Seite |
|-------------------|---------------|--|-----------------------|---------|---------|
| Katja Schönholzer | 29.01.2019 | g:\00_daten\01_präsidiales\001_zd\0100_gr\0121_sitzungen\2019\20190128\mo_va | 29.01.2019 17:11 / rd | 1.8 | 1 von 4 |
| | | noni_kernregion.ggr.docx | | | |

aus der Mitteilung der Gemeinde Bremgarten vom 10.1.2019). Der Gemeinderat von Bremgarten erachtet «eine Fusion mit Agglomerationsgemeinden und der Gemeinde Bern nicht als prioritäres Ziel». Er wolle «einen so wichtigen Entscheid» aber «nicht ohne Grundlagen» fällen und sei überdies «grundsätzlich für eine prosperierende Region Bern». Der Gemeinderat von Bolligen beteiligt sich an der Machbarkeitsstudie «aktiv und ergebnisoffen, aber vorläufig ohne Fusionsabsicht» - und mit einer konkreten Erwartung: «Die Ergebnisse der Studie sollen den Gemeinderat darin unterstützen, sinnvolle und kostensenkende Zusammenarbeitsverträge mit den Nachbargemeinden zu erarbeiten.» (Mitteilung vom 22.1.2019).

Mit ähnlichen Motiven und Stossrichtungen könnte auch eine Beteiligung der Gemeinde Zollikofens an der Machbarkeitsstudie begründet werden. Dank einer Beteiligung könnte Zollikofen zusammen mit andern Agglomerationsgemeinden auch Einfluss nehmen auf die zu untersuchenden Fragestellungen und dann die Erarbeitung der Studie kritisch begleiten. Die damit verbundenen Kosten könnten sich als gewinnbringende Investition in die Zukunft der Gemeinde Zollikofen wie auch der ganzen Kernregion Bern erweisen. Eine Zustimmung zur vorliegenden Motion ist denn auch nicht als Zeichen für Fusionsabsichten zu verstehen – und schon gar nicht als Vorentscheid in Richtung Fusion. Es geht vielmehr nur darum, den aktuell günstigen Zeitpunkt und die Chance zu fundierter Meinungsbildung nicht zu verpassen. Es geht weiter darum, sich aktiv an der gemeinsamen Erarbeitung von soliden Entscheidgrundlagen zu beteiligen, die die Zukunft der Kernregion Bern stark prägen könnten.

Eine Beteiligung an der Machbarkeitsstudie trägt in diesem Sinne auch den beiden Zusammenarbeits-Grundsätzen der Gemeindeverfassung sehr gut Rechnung (Artikel 8, Absätze 1 und 2): Die Gemeinde kann mit anderen Gemeinden oder mit Dritten zusammenarbeiten, wenn sie dadurch ihre Aufgaben wirksamer oder kostengünstiger erfüllen kann. Die Gemeinde unterstützt Bestrebungen, regionale Strukturen zu schaffen, wenn so Probleme wirksamer oder kostengünstiger gelöst werden können.

Ob und wie in der Kernregion Bern bestimmte Probleme durch engere Zusammenarbeit oder gar Fusionen von Gemeinden «wirksamer oder kostengünstiger» gelöst werden könnten – das ist eine Frage, die durch die Machbarkeitsstudie fundiert geklärt werden könnte. Eine Beteiligung Zollikofens liegt deshalb auch im ureigenen Interesse unserer Gemeinde und aller Einwohnerinnen und Einwohner.

Es wird Dringlichkeit verlangt.

Begründung: Im gemeinsamen Schreiben der Exekutiven von Bern und Ostermundigen ist auch Zollikofen eingeladen worden, ein allfälliges Interesse an einer Beteiligung an der Machbarkeitsstudie bis Ende Januar mitzuteilen. Damit der Grosse Gemeinderat sich innerhalb dieser vorgegebenen Antwortfrist zum wichtigen Thema äussern kann, ist eine dringliche Behandlung anlässlich der Sitzung vom 30. Januar erforderlich."

2. Antwort

Drinalichkeit

Die gemeinsame Anfrage der Stadt Bern und der Gemeinde Ostermundigen ist datiert vom 12. Dezember 2018. Ein allfälliges Interesse der umliegenden Gemeinden an der Teilnahme der Machbarkeitsstudie soll bis Ende Januar 2019 mitgeteilt werden. Vor diesem Hintergrund, und auch der Tatsache, dass die nächste ordentliche GGR-Sitzung erst im März 2019 stattfindet, ist die Frage der Dringlichkeit zu bejahen.

Formelles

Die Kosten für eine allfällige Beteiligung an der Machbarkeitsstudie betragen für Zollikofen rund Fr. 30'000.00. Der freiwillige Beitrag liegt gemäss Art. 61 Bst. a der Gemeindeverfassung vom 30. November 2003 (SSGZ 101.1) in der abschliessenden Kompetenz des Gemeinderates.

| Autor: | Speicherdatum | Pfad, Datei: | Datum, Zeit / User | Version | Seite |
|-------------------|---------------|--|-----------------------|---------|---------|
| Katja Schönholzer | 29.01.2019 | g:\00_daten\01_präsidiales\001_zd\0100_gr\0121_sitzungen\2019\20190128\mo_va | 29.01.2019 17:11 / rd | 1.8 | 2 von 4 |
| | | noni_kernregion.ggr.docx | | | |

Bei der vorliegenden Motion handelt es sich demnach um eine sogenannte Richtlinienmotion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Gemeinderates gemäss Art. 49 Abs. 2 der Gemeindeverfassung (SSGZ 101.1) und Art. 35 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates (SSGZ 151.21). Der Gemeinderat hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grades der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrages, und die Entscheidverantwortung bleibt beim Gemeinderat.

Der Gemeinderat Zollikofen hat anlässlich seiner Sitzung vom 28. Januar 2019 das ordentlich traktandierte Geschäft "Machbarkeitsstudie Gemeindefusionen / Verbesserung Gemeindezusammenarbeit; Anfrage Beteiligung" beraten und entschieden. Eine Machbarkeitsstudie zum Thema Fusion zu Grossbern unterstützt der Gemeinderat nicht. Er hat deshalb die Anfrage abschlägig beurteilt. Der Entscheid des Gemeinderates ist also bereits vor Behandlung dieser dringlichen Motion rechtsgültig und innert des gesetzten Zeitrahmens gefasst worden.

Materielles

Die Machbarkeitsstudie wird vor dem Hintergrund erstellt, dass die Gemeinde Ostermundigen erste Abklärungen in Richtung Fusionsverhandlungen mit der Stadt Bern machen will. Im Stadtrat von Bern ist ein ähnlich lautender Vorstoss hängig. Daher haben die Exekutiven von Bern und Ostermundigen beschlossen, eine gemeinsame Fusionsabklärungsphase durchzuführen. Mit einer Machbarkeitsstudie sollen Vor- und Nachteile einer Fusion von Bern und Ostermundigen ausgelotet werden und gegenüber anderen Formen der Zusammenarbeit abgewogen und damit verglichen werden. Die Studie wird Grundlage sein für den Entscheid zum weiteren Vorgehen in den beiden Gemeinden.

Die Exekutiven von Bern und Ostermundigen haben die Gemeinden im Perimeter von "Bern neu gründen"¹ eingeladen, sich ebenfalls an dieser Machbarkeitsstudie zu beteiligen und sich so aktiv in den Prozess einzubringen.

Bisher ist bekannt, dass sich die Gemeinden Bolligen und Bremgarten dazu entschieden haben, an der Studie teilzunehmen. Köniz, Münchenbuchsee, Muri, Worb und Wohlen haben sich dagegen entschieden.

Das Leitbild von Zollikofen und die davon abgeleiteten Regierungsschwerpunkte, Lösungsund Handlungsansätze beinhalten keine Bestrebungen in Richtung Gemeindefusion. Der Gemeinderat will die Eigenständigkeit der Gemeinde Zollikofen bewahren. Die Auslösung von Fusionsabklärungen würde somit der strategischen Ausrichtung des Gemeinderats widersprechen.

Wo sinnvoll, findet bereits heute in zahlreichen Aufgabenbereichen eine interkommunale Zusammenarbeit statt. Ausserdem will der Gemeinderat Planungs-, Gesellschafts- und Sicherheitsfragen gemeinsam mit der Region anpacken (Lösungsansatz 2.1 des Umsetzungsprogramms). Zu diesem Zweck bringt sich Zollikofen in der Kernagglomeration Bern aktiv ein und beteiligt sich an den Aktivitäten der eingesetzten Resonanzgruppe. Weitergehender Überprüfungsbedarf besteht aktuell nicht.

Anders als die Motionäre beurteilt der Gemeinderat die Mitsprachemöglichkeit bzw. die Möglichkeit der Einflussnahme der Drittgemeinden auf die zu untersuchenden Fragestellungen. Die Machbarkeitsstudie fokussiert eindeutig auf das mögliche Zusammengehen von Ostermundigen und Bern (Stichwort: "Fusionsabklärungsphase"). Die Ausgangslage von Ostermundigen mit ihrer prekären finanziellen Lage präsentiert sich entschieden anders als jene der übrigen Gemeinden. Der Gemeinderat kann sich des Eindruckes nicht vollständig erwehren, dass unter dem gut gemeinten Einbezug von Drittgemeinden vor allem die Mitfinanzierung dieser Machbarkeitsstudie durch die Regionsgemeinden im Vordergrund steht. Es ist kaum zu

¹ Folgende Gemeinden wurden mit der Anfrage bedient: Bolligen, Bremgarten, Frauenkappelen, Ittigen, Kehrsatz, Kirchlindach, Köniz, Meikirch, Münchenbuchsee, Muri, Stettlen, Vechigen, Wohlen, Worb und Zollikofen.

| Autor: | Speicherdatum | Pfad, Datei: | Datum, Zeit / User | Version | Seite |
|-------------------|---------------|--|-----------------------|---------|---------|
| Katja Schönholzer | 29.01.2019 | g:\00_daten\01_präsidiales\001_zd\0100_gr\0121_sitzungen\2019\20190128\mo_va | 29.01.2019 17:11 / rd | 1.8 | 3 von 4 |
| | | noni_kernregion.ggr.docx | | | |

erwarten, dass Fragestellungen von Drittgemeinden – ohne den Projektumfang entscheidend zu erweitern – in diesem Vorhaben eine massgebende Rolle spielen werden.

Mit einer Beteiligung an der Machbarkeitsstudie werden mitunter Signale ausgesendet, welche trotz allen gegenteiligen Verlautbarungen, in der Bevölkerung Verunsicherung bezüglich Fusionsabsichten der Gemeinde Zollikofen auslösen würden. Auch wenn betont wird, dass mit einer Beteiligung kein Präjudiz für einen späteren Fusionsentscheid verbunden ist, und man diesen Prozess aktiv und ergebnisoffen mitgehen will, würde ein Mitmachen von aussen als ganz anderes politisches Signal wahrgenommen.

Die Beteiligung an der Machbarkeitsstudie ist aus Sicht des Gemeinderates somit weder notwendig noch zweck- und verhältnismässig.

3. Antrag

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, zu

beschliessen:

Die Dringliche Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Die Gemeinde Zollikofen soll sich an der Machbarkeitsstudie zur Zukunft der Kernregion Bern beteiligen" wird nicht erheblich erklärt.

Zollikofen, 28. Januar 2019

GEMEINDERAT ZOLLIKOFEN

Daniel Bichsel Stefan Sutter Präsident Sekretär

| Autor: | Speicherdatum | Pfad, Datei: | Datum, Zeit / User | Version | Seite |
|-------------------|---------------|--|-----------------------|---------|---------|
| Katja Schönholzer | 29.01.2019 | g:\00_daten\01_präsidiales\001_zd\0100_gr\0121_sitzungen\2019\20190128\mo_va | 29.01.2019 17:11 / rd | 1.8 | 4 von 4 |
| | | noni_kernregion.ggr.docx | | | |